



7. Sitzung

07.12.2016

Magdeburg, Landtagsgebäude, Domplatz 6-9

Der in der Einladung als TOP 6 ausgewiesene Beratungspunkt, Drs. 7/430, wurde vom Ausschuss in die Sitzung am 22.02.2027 vertagt.

1. a) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2017/2018 (HBG 2017/2018)

Gesetzentwurf Landesregierung - **Drs. 7/539**

b) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2017 und 2018 (Haushaltsgesetz 2017/2018 - HG 2017/2018 -)

Gesetzentwurf Landesregierung - **Drs. 7/540**

c) Änderung des Tilgungsplans für die in den Jahren 2010 und 2011 aufgenommenen Nettokredite (Beschluss des Landtages Drs. 6/3969)

Antrag Landesregierung - **Drs. 7/573 neu**

Die Landesregierung führte in den Haushalt 2017/2018 des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Integration ein und beantwortete Nachfragen seitens des Ausschusses. Angaben zu „offen“ gebliebenen Fragen werden von der Landesregierung nachgereicht.

2. Sonn- und Feiertagsarbeit darf nicht Normalität werden

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/263**

Alternativantrag Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 7/303**

Der Ausschuss erarbeitete eine Beschlussempfehlung an den Landtag. Mit 6 : 5 : 0 Stimmen wurde der Alternativantrag, Drs. 7/303, in geänd. Fassung beschlossen.

3. Solidarische Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/474**

Der Ausschuss kam überein, in der Sitzung am 24. Mai 2017 ein öffentliches Fachgespräch durchzuführen.

4. Die gesellschaftliche Bedrohung durch Rechtsextremismus konsequent bekämpfen

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/476**

Alternativantrag Fraktion AfD - **Drs. 7/509**

Der Ausschuss nahm einen Bericht der Landesregierung entgegen und vereinbarte, in der Sitzung am 22.02.2017 die vorläufige Beschlussempfehlung zu erarbeiten.

5. Jugendarbeit ernst nehmen. Zuwendungen pünktlich ausreichen

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/477**

Der Ausschuss erarbeitete eine vorläufige Beschlussempfehlung. Das Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration wurde gebeten, bis zum 11.01.2017 Angaben zur Personalsituation im Referat 601 nachzureichen.

6. Programm „Sachsen-Anhalt Zukunft“

Selbstbefassung Fraktion DIE LINKE - **ADrs. 7/SOZ/7**

Der Ausschuss nahm einen Bericht der Landesregierung entgegen und verständigte sich, das Thema nochmals in der Sitzung am 24. Mai 2017 aufzurufen.

7. Scheinselbständigkeit von Notärzten in Sachsen-Anhalt

Selbstbefassung Fraktion AfD - **ADrs. 7/SOZ/9**

Die Landesreg. erstattete Bericht. Der Ausschuss erklärte das Thema für erledigt.

8. Verschiedenes

a) Billigung der Niederschrift über die 4. Sitzung

Der Ausschuss billigte die Niederschrift über die 4. Sitzung am 19.10.2016 mit einer Änderung.

b) Drs. 7/383 - Ausbildungsabbrüche in Sachsen-Anhalt reduzieren

Der Ausschuss verständigte sich über das weitere Verfahren. Demnach wird er das Thema in der Sitzung am 26.04.2017 erneut behandeln.

Für ein gemeinsames Gespräch sollen dazu der Vorsitzende des Landesberufsbildungsausschusses und der Verfasser der Studie „Vorzeitig gelöste Ausbildungsverträge in der dualen Ausbildung in Sachsen-Anhalt im Jahr 2014“ eingeladen werden.

Zudem soll der Vorsitzende des Landesberufsbildungsausschusses gebeten werden, dem Ausschuss ebenfalls eine Einladung zu der im 1. Quartal geplanten Fachklausur zukommen zu lassen.

c) Schreiben (Mail) des Herrn Oppermann vom 07.11.2016 (Fachaufsichtsbeschwerde gegen das Jobcenter Jerichower Land)

Der Ausschuss nahm eine mündliche Stellungnahme der Landesregierung entgegen und erklärte das Thema für sich als erledigt.

d) Petitionen NR. 6-B/00189, Nr. 6-B/00191, Nr. 6-B/00192 und Nr. 6-B/00193 (Vorschulförderung des LBZ Halberstadt)

Der Ausschuss nahm die Petitionen zur Kenntnis. Es wurde angeregt, ggf. mittelfristig gemeinsam mit dem Ausschuss für Bildung und Kultur nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen.

e) Bildungsfreistellungsbericht 2016, Unterrichtung, Drs. 7/584

Der Ausschuss verständigte sich auf die Durchführung eines Fachgesprächs im Jahr 2017. In der Sitzung am 24.05.2017 soll der Termin für das Fachgespräch festgelegt werden.

f) LIV-Vorlage va00401

Der Vorsitzende informierte, dass der Ausschuss am Rande der letzten Landtagssitzung übereingekommen ist, keine Stellungnahme zu der LIV-Vorlage abzugeben.

g) Termin der Vollausschussreise

Der Ausschuss verständigte sich, den Termin seiner Reise auf das II. Quartal 2019 zu verschieben.

h) Nächste Sitzungen des Ausschusses

Der Vorsitzende berief die nächste Sitzung des Ausschusses für den 11.01.2017 ein. Auf der Tagesordnung wird als alleiniger Punkt die Beratung des 23. Tätigkeitsberichtes des Landespsychiatrieausschusses, Drs. 7/396, stehen.

Des Weiteren berief er die darauf folgende (zusätzliche) Sitzung für den 18.01.2017 mit der Abschlussberatung zum Haushalt 2017/2018 ein.

Petra Gaertner
Ausschussdienst
